

Brüssel, den 26. November 2025
(OR. en)

15867/25

Interinstitutionelles Dossier:
2025/0335(COD)

ESPACE 91
MI 947
ENV 1269
CODEC 1905
EU-GNSS 26
CSCGNSS 16
CSCGMES 10
IND 541
CYBER 345
COMPET 1228
HYBRID 155
PROCIV 165

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.:	10935/25 + ADD 1
Betr.:	<i>Vorbereitung der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt)) am 8./9. Dezember 2025</i> Verordnung über die Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit von Weltraumtätigkeiten in der Union (EU-Weltraum-Rechtsakt) – <i>Orientierungsaussprache</i>

Die Delegationen erhalten anbei für die Orientierungsaussprache im Rat (Wettbewerbsfähigkeit) am 9. Dezember 2025 einen Vermerk des Vorsitzes zum „**EU-Weltraum-Rechtsakt**“.

Der EU-Weltraum-Rechtsakt – Diskussionspapier

Weltraumgestützte Infrastruktur ist eine wesentliche Grundlage für eine Vielzahl kritischer Funktionen in unserer Gesellschaft. Sie ist eine Voraussetzung für Sicherheit und Verteidigung, den grünen und den digitalen Wandel und die wirtschaftliche Sicherheit, um nur einige Aspekte zu nennen. Der Weltraumsektor trägt zu allen Wirtschaftszweigen bei und ist ein Motor für technologische Innovation. Die Nachfrage nach weltraumgestützten Diensten ist in den vergangenen Jahren gestiegen, und da die Kosten für die Entwicklung und den Start von Satelliten gesunken sind, ist eine Zunahme neuer Akteure zu verzeichnen, die Zugang zum Weltraum erhalten; neue Dienste werden angeboten und die Abhängigkeit von weltraumgestützten Lösungen nimmt zu.

Dieser Anstieg von Angebot und Nachfrage hat enorme Vorteile gebracht, aber auch zu immer mehr überlasteten Umlaufbahnen, mehr Weltraummüll, mehr Cyberangriffen und mehr Auswirkungen für die Erdumwelt geführt. Während die Gefahren und Folgen einer Störung von Weltraumtätigkeiten zunehmen, scheint die Fähigkeit, diese Probleme auf globaler Ebene zu lösen, zu stocken.

Wir befinden uns in einem globalen Technologiewettlauf, und Europa braucht einen starken, innovativen und wettbewerbsfähigen Raumfahrtsektor, um auf dem neuesten Stand zu bleiben und damit unsere Abhängigkeit von anderen Akteuren begrenzt wird. Die Schwierigkeiten, mit denen unser Weltraumsektor konfrontiert ist, können durch das fragmentierte rechtliche Umfeld, in dem er wirkt, noch verstärkt werden.

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für einen EU-Weltraum-Rechtsakt vorgelegt. Ein harmonisiertes Paket einfacher, transparenter und zweckmäßiger Vorschriften und Standards, könnte – sofern es auf die richtige Weise gestaltet wird – ein wichtiges Instrument sein, um dem steigenden Risiko für unsere Weltraumtätigkeiten zu begegnen. Darüber hinaus könnte es dazu beitragen, den Weltraum für künftige Generationen sicherer zu machen und zugleich die Fragmentierung des Binnenmarkts für Weltraumtätigkeiten in Europa anzugehen und somit unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Die Verhandlungen über den Vorschlag haben während des dänischen Vorsitzes begonnen. Bislang ging es dabei in erste Linie darum, zentrale Aspekte zu ermitteln, die einer weiteren Prüfung bedürfen, und Antworten auf Schlüsselfragen zu suchen. Wie im Fortschrittsbericht hervorgehoben, hat der dänische Vorsitz bereits ein klares Mandat erhalten, den Vorschlag zu vereinfachen und zu straffen, unnötigen Verwaltungsaufwand sowohl für die Industrie als auch für staatliche Stellen zu vermeiden und die Cybersicherheit im Weltraum im Einklang mit dem horizontalen Ansatz der NIS-2-Richtlinie¹ anzugehen.

Ziel dieser Beratungen wird es sein, die Stärken und Herausforderungen des Vorschlags zu ermitteln, um die Richtung für die weiteren Verhandlungen vorzugeben.

In diesem Zusammenhang werden die Ministerinnen und Minister ersucht, sich zu folgenden Fragen zu äußern:

1. Welche Elemente des Vorschlags sind am wichtigsten, um die Herausforderungen anzugehen, die mit dem Weltraum-Rechtsakt bewältigt werden sollen?
2. Welche Elemente des Vorschlags bedürfen besonders einer eingehenderen Klärung und Weiterentwicklung, damit die Verhandlungen voranschreiten?

¹ Richtlinie (EU) 2022/2555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 und der Richtlinie (EU) 2018/1972 sowie zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2016/1148.